Sauerländisches Volksblatt

Ältester Anzeiger für das Sauerland — **Amtliches Kreisblatt des Kreises Olpe**

SV — Gegr. 1840.

Das „S. V." erscheint jeden Werktag früh. Der monatliche Bezugspreis ist freibleibend, die Einzelnummer kostet 15 Goldpfg. Bestellungen nehmen alle Postanstalten entgegen. Störungen durch höhere Gewalt und Ausstand rechtfertigen keine Ersatzansprüche. Geschäftsstelle: Frankfurterstr. Nr. 16 und Bahnhofstr. Nr. 3. — Fernruf 2. — Postscheck-Konto Köln Nr. 10158.

Anzeigenpreise: 1 Millimeter Höhe im Ortsverkehr 8 Goldpfg., f. Auswärtige 10 Goldpfg., Reklamen 40 Goldpfennig; Offertengebühr 25 Goldpf., umzurechnen nach dem am Tage der Zahlung gültigen Berliner Dollar-Kurs. Zahlbar bei Ausgabe, spätestens 3 Tage nachher, andernfalls Verzugszinsen berechnet werden. Eventuell gewährter Rabatt gilt nur als Kassenrabatt.

Nr. 18 — Olpe, Dienstag, den 22. Januar 1924. — 84. Jahrg.

Im Schellenhemd

Randglossen zum Art. 164 der Reichs-Verfassung.

Von Horst H. Wehner.

„Der selbständige Mittelstand in Landwirtschaft, Gewerbe und Handel ist in Gesetzgebung und Verwaltung zu fördern und gegen Ueberlastung und Auffaugung zu schützen!"
(Art. 164 der Verfassung.)

Es war eine Zeit, über die das 20. Jahrhundert mitleidig und erhaben lächelt. Da gab's in deutschen Landen eine Kaste, die „jenseits von Gut und Böse" stand, und deren Sippe nach Landesgesetz einhergehen mußte, im Schellenhemd. Gaukler und Postenreiter, kurzweg: fahrendes Volk. Mit Schellenhemd und Schellenkappe war es gezeichnet, wo immer es auftauchte, vogelfrei und rechtlos, wenn nicht gestäupt und geprügelt, so doch von jedem über die Achsel angesehen.

Einer von diesen „Narren" war Till Eulenspiegel, über dessen Geburtsstätte Städte und Länder heute noch sich streiten, wie um den Geburtsort Homers. Denn dieser Narr schüttelte aus seiner Schellenkappe Sprüchlein, die oft dem 20. Jahrhundert noch gelten können als der Weisheit letzter Schluß! Fahrendes Volk im Schellenhemd, Philosophen und Weise im Narrengewandt und doch über die Achsel angesehen und als Witzableiter dienend bei Ausbrüchen von Volkswut und wirklicher Narrheit der „ehrlichen Leute".

1.

Als in deutschen Landen die Liquidation des furchtbarsten Kriegsunternehmens aller Zeiten einsetzte, da geschah es, daß verteufchtes Großkapital und sozialistische Wirtschafts-„Reformer" sich darum stritten, die Posten der Liquidatoren zu besetzen. Da sich diese beiden selbst gegenüberstanden wie Feuer und Wasser, so war das Ergebnis der Liquidation ein Tohuwabohu von Partei- und Wirtschaftskämpfen, wie es unser armes Volk bis heute noch zerreißt, sodaß der größte Teil der Liquidationsmasse vor die Hunde gegangen ist. Es kam, statt zu außenpolitischer Ordnungsarbeit, zur innenwirtschaftlichen Machtprobe zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Es kam zu einer niegekannten Kapitalszusammenballung auf der einen und zu einem erbitterten Ringen um „neue Wirtschaft" auf der anderen Seite. Und was zwischen diesen beiden feindlichen Großgewalten lag, wurde zerrieben.

Ein Zwitter, geboren aus diesem Zwiespalt, war die deutsche Wuchergesetzgebung, die desto unförmlicher wurde, je wertloser die Papierscheine wurden, die das Volk zwischen Alpen und Belt mit immer gemischteren Gefühlen sein „Geld" nannte. Die Massen der deutschen Verbraucherschaft, an sich schon zum großen Teil in ihrer linkspolitischen Einstellung zu Demonstrationen und „Selbsthilfe" geneigt, wurden vom grünen Tisch ausgespeit mit endlosen Abhandlungen über das Wesen des Wuchers, mit Verordnungen, die so mannigfaltig und so schön kasuistiert waren, daß die Wucher-Geheimräte sich selbst nicht mehr durchfanden. Die Preisfrage, was denn eigentlich Wucher sei, blieb offen bis auf den heutigen Tag. Die Rechtssprechung wurde auf dem Gebiete der Wucherverfolgung zur hilflosen Greisin, die sich an das Gebäude ihrer Paragraphen klammerte: „Mark ist Mark!", und der es schien, als müsse mit jedem Stückleln dieses ehernen Grundsatzes, daß sie preisgeben mußte, ein Stück ihrer selbst aufgeben. Lange dauerte es, bis der Zwiespalt zwischen schönen sozialistischen Theorien und unerbittlichen nackten Wirtschaftstatsachen ihr allmählich zeigten, daß die Wirtschaft und die Versorgung eines Millionenvolkes sich nicht einpressen lassen in Paragraphen.

So vielgestaltig und bis ins Einzelne gehend die Wucherparagraphen aber auch waren, sie blieben trotz der in erster Linie hinter ihnen stehenden Peitsche der radikalen Linken kleinlaut stehen vor dem Altare des Großkapitals. Sie reichten nie bis zu den Urquellen der Preisgestaltung, sondern sie begnügten sich, das notleidende und mit Recht Hilfe erwartende Volk auf diejenigen zu verweisen, die ihm am nächsten waren: der Mittelstand in Gewerbe und Handel, der Stand, der in Gesetzgebung und Verwaltung zu fördern ist, er wurde Blitzableiter.

Mein Freund, daß du mir nicht den Wiederbeschaffungspreis nimmst, daß du nicht etwa nach Dollar und Gulden rechnest!

Und die großkapitalistische Produktion ging, unbekümmert um die Wuchergesetzgebung den unbeschränkten Weg des Wiederbeschaffungspreises und der Dollarberechnung, den Weg der Substanzerhaltung, auf dem sie sogar stets noch Nebenwege fand, auf denen sie die Substanz noch vermehren konnte durch entsprechendes Spiel auf der großen Festwiese, die man deutsche Börse nennt, auf der die Kartelle und Trustherren die „seßhaften Leute" waren, die übrigen Zweige der Wirtschaft aber, der Mittelstand in Kleinindustrie, Gewerbe und Handel, die Narren im Schellenhemd.

Zwischen Wucherstrafrichter und Konkursrichter hin und her pendelte der Harlekin, angetan mit dem Schellenhemd. Und je mehr er strampelte, desto toller umschlossen ihn die Meuten des Radikalismus, desto dichter umstaketen ihn die Wuchervorordnungen. Denn was wollte der grüne Tisch machen? Bis zum Trust- und Kartellwesen ging seine Macht nicht, und das notleidende Volk schrie nach Wuchermaßnahmen, wie es im alten Rom nach Brot und Spielen schrie.

So wurde die Wuchergesetzgebung in ihren Auswirkungen zum Schauspiel, dessen tragisches Moment jener Stand verkörperte, der stets mit die Grundlage alles Staatserhaltens gewesen, — der Stand im Schellenhemd.

2.

Es kam der Tag, da die Notenpresse stoppte und die neue Mark wurde in der Wirtschaft erzeugt. Langsam kam sie, wie es einem großen Potentaten geziemt, ehrfürchtig begrüßt von der Menge derjenigen, die bisher ihre Papiermarkschätze dahinschmelzen sahen über Nacht. Wo liegen die Ursachen für diese tropfenweise erfolgte Herausgabe des heißbegehrten neuen Geldes? Sind es politische, sind es organisatorische Gründe gewesen? Es ist hier nicht der Ort, darüber zu rechten. Fest steht nur eines: die in Todeskrise stehende Wirtschaft verlangte kategorisch die sofortige und gleichzeitige Ueberleitung des neuen Geldes in ihre gesamten Kanäle.

Und als das deutsche Volk, gespalten in zwei große Klassen: Rentenmarkbesitzer und Nur-Papiergeldbesitzer, tastend in die Läden ging, um die Wunder des neuen Geldes mit dem Fluch der Papiermark zu vergleichen, da kamen die Probleme, die kommen mußten.

Die Papiermark blieb gesetzliches Zahlungsmittel. Sollte der Kleinhändler und Gewerbetreibende bei Festmarkbezahlung Rabatt geben oder nicht? — Das Problem wurde teilweise mit Leichtigkeit gelöst: Im Osten Berlins brachte man den Kaufmann vor den Strafrichter, weil er bei Rentenmarkzahlung Rabatt gab, und im Westen bestrafte man ihn, weil er keinen Rabatt gab. Also war für beide Fälle gesorgt. Beruhigend klirrte das Schellenhemd.

Und Papiergeldannahme verweigern? Mein Freund, laß dir raten: die Papiermark ist gesetzliches Zahlungsmittel! Dein Lieferant nimmt nur „wertbeständig"? So bringe ihn zur Anzeige! — Dann bekommst du keine Waren und die Versorgung des Volkes stockt? — Hm, Achselzucken — die Frage bleibt offen. Mag er sie eben lösen, der Mann im Schellenhemd!

Was willst du noch? Du willst gewisse Waren, die nur gegen Devisen käuflich sind, rationieren? Willst rationieren, damit der glückliche „Schon-Rentenmark-Besitzer" nicht alles wegkauft und der „Nur-Papiergeld-Besitzer" auch etwas bekommt? — Mein Freund, du hast nur zu verkaufen! —

Du hast Angst, daß gewisse, darauf besonders eingestellte Papiermark-Besitzer dir den Laden zerschlagen? — Na, so schlimm wird es nicht werden! Und wenn, — das ist schließlich persönliches Pech! Klirre, mein Schellenhemd!

* * *

Die Rentenmark kam wie der Landsturm von Krahwinkel und teilte das Volk in zwei Kasten: „Schon-Rentenmark-Besitzer" und „Nur-Papiergeld-Besitzer". Das schuf neue Probleme, die man nur meistern konnte durch den Mann im Schellenhemd. Dieses Schellenhemd klirrte, wie es geklirrt hatte in den ganzen Jahren der Wuchergesetzgebung der Papiermarkaera.

Vielleicht wird es weiterklingen in dieser Zeit, da Weltmarkt und deutsche Wuchergesetzgebung sich streiten über den angemessenen Goldmarkpreis. Vielleicht, nein, wahrscheinlich wird der gewerbliche Mittelstand auch auf diesem Problem sitzen bleiben, sitzend wie auf der Holzbank für das fahrende Volk des Mittelalters, umgeben vom Odium des Wuchers, angetan mit dem Schellenhemd des Gezeichneten.

Und Trust- und Kartellwesen werden weiter ihren Weg gehen, den Weg des seelenlosen Kapitals, das der Wirtschaftsethik entsprungen, mechanisch die arithmetische Zahlenleiter seiner Vermehrung erklimmt.

* * *

Es sollte nicht so verstanden werden, als ob der gewerbliche Mittelstand in obigen Ausführungen nur immer Beschuldigungen auf Beschuldigungen häuft. Dieser Stand weiß, daß alles, was in Deutschlands Gesetzgebung und Verwaltung geschieht, größtenteils mit unter dem großen Damoklesschwert steht, das sich „Friedensvertrag von Versailles" nennt. Er weiß, daß auch jenes Kapital, das sich in dieser Gesetzgebung „Wuchergesetz" nennt, aus der allgemeinen furchtbaren Not unseres Landes geboren ist. Deshalb schreit dieser Mittelstand auch nicht Mord und Brand gegen jede Regierung, die es in dieser Zeit auf sich nimmt, das Steuer zu ergreifen, um zu retten, was noch zu retten ist. Soweit er nicht in seiner politischen Einstellung zu denjenigen gehört, die ins „altbewährte" Horn der Opposition blasen, trägt und duldet er im Sinne der Notgemeinschaft, auch jetzt wieder mit das stärkste Rückgrat des Staates bildend. Aber dieser Stand ringt heute um seinen guten alten Namen, den die Jetztzeit mit ihrer schematischen, die wahren Quellen aller Preisgestaltungsübel nie erreichenden Wuchergesetzgebung in weitem Umfange verzerrt hat. Der gewerbliche Mittelstand ringt danach, daß man ihm das Schellenhemd abnimmt. Schwer ist hier gegen ihn gesündigt worden und er verlangt, daß man wieder an jenen Artikel denke, den man in Weimar auch in die republikanische Verfassung aufnahm, der da sagt, daß der gewerbliche Mittelstand „in Gesetzgebung und Verwaltung zu fördern" sei. Handel und Gewerbe wünschen für sich keinerlei Sonderstellung. Sie wollen ihren Anteil an Volksnot tragen, wie die anderen Stände, an deren Kaufkraft und Wohlergehen sie, rein geschäftlich schon, brennend interessiert sind. Aber das deutsche Volk braucht Maßnahmen, die sich an die richtige Stelle wenden und nicht solche, die mehr oder weniger nur ein Schauspiel geben zur Beruhigung der erregten Nerven.

Barthou über die Kapitalflucht im Ausland.

Der französische Militarismus. — Das Kraftwerk Fortuna. — Die Erdrosselung. — Die Reparationsansprüche Frankreichs — Ein schweres Eisenbahnunglück in Darmstadt.

Die Kapitalflucht ins Ausland.

Paris, 21. Jan.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Der Vorsitzende der Reparationskommission, Barthou, erklärte u. a. in einer Begrüßungsansprache an die Mitglieder des 2. Sachverständigenkomitees, das gestern vormittag zusammengetreten ist. Weit entfernt, die dem Budgetausgleich und der Stabilisierung der Währung so abträgliche Kapitalsflucht zu steuern, hat die deutsche Regierung eine Reihe von legislativen Maßnahmen getroffen, um sie einzudämmen. Es ist von Deutschen ins Ausland in Form von Depots, von Beteiligung an bestehenden Geschäften usw. ein beträchtliches Kapital gebildet worden, das die Leistungsfähigkeit Deutschlands in Mitleidenschaft zieht. Der hervorragende englische Sachverständige Mac Kenna schätzte im Dezember 1922 die auf diese Weise nach dem Ausland abgeführten deutschen Kapitalien auf 1 Milliarde Dollar, und er zog unter besonderen Bedingungen deren Rückkauf in Betracht, um sie der Reparationskommission zu übergeben. Zwischen den beiden Sachverständigenkomitees gibt es keine getrennte Arbeit. Es ist notwendig, daß sie einander unterstützen und zusammenarbeiten. Die ganze Welt ist an ihren Bemühungen interessiert, da von ihren Entscheidungen das Gleichgewicht der Welt abhängig ist. Die Beteiligung amerikanischer Staatsmänner an den Arbeiten der alliierten Sachverständigen ist eine bedeutsame Tatsache, und ich lege Wert darauf, ihre Wichtigkeit noch einmal zu unterstreichen. Darauf übergab Barthon dem englischen Sachverständigen Mac Kenna den Vorsitz des Ausschusses.

Gegen den französischen Militarismus.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

WTB Newyork, 21. Jan.

Im Senat unternahm gestern Senator Borah einen starken Vorstoß gegen den französischen Militarismus und setzte sich dafür ein, daß die Zinsen für die französischen Schulden an Amerika gestundet werden und eine Regelung der Frage überhaupt erfolge. Der Senat hat zwar keinen Beschluß gefaßt, es ist aber auch dagegen kein Widerspruch erfolgt. Senator Owen hat erneut ausgeführt, daß Frankreich und Rußland als die eigentlichen Kriegsurheber angesehen werden müßten, wogegen ebenfalls kein Widerspruch erhoben wurde. In einem großen Teil der Presse wird der Sturz des französischen Franken auf die verfehlte Politik der französischen Regierung zurückgeführt und zum Ausdruck gebracht, daß die von dieser unternommenen Versuche, den Franken zu stützen, auf die Dauer ohne Erfolg bleiben müßten.

Das Kraftwerk Fortuna.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Köln, 22. Jan.

Mit Ausnahme von 2 Gruben ruhte der Betrieb auf allen Braunkohlenschächten. Die ausständischen Arbeiter sind von den Werksleitungen entlassen worden. Die Notstandsarbeiten, die von den Streikenden verweigert wurden, werden von Arbeitswilligen und Betriebsbeamten zum Teil unter dem Schutz von Polizeikontrollen durchgeführt. Die Kohlenversorgung der Bevölkerung ist durch reichliche Vorräte sichergestellt. Der Absatz über Land ging bisher ungehindert von statten. Der Betrieb des Kraftwerkes Fortuna, der die Stadt Köln mit elektrischer Energie versorgt, wird durch die Beamten und die von der britischen Besatzungsbehörde requirierten deutschen Arbeiter aufrechterhalten. Die Kohlenlieferung erfolgt von der Grube Fortuna, die im übrigen nicht arbeitet.

Weitere Drosselungsmaßnahmen.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Berlin, 21. Januar.

Ein Berliner Montagsblatt veröffentlicht ein Schreiben des Reichsfinanzministers, das vom Ministerialrat Dr. Schlieben unterzeichnet ist und an die Minister der Arbeit, Wirtschaft des Verkehrs und der Post gerichtet ist, daß in den Schiedssprüchen der gesetzlichen Schlichtungsausschüsse zum Teil erheblich höhere Löhne und Gehälter bewilligt worden sind, als das Reich jetzt an die Beamten, Angestellten und Arbeiter zahlt. In dem Schreiben wird weiter bemerkt, daß durch eine der allgemeinen Notlage entstandene Notpolitik der Privatwirtschaft die deutschen Waren im Ausland konkurrenzfähig erhalten werden müssen. Nur bei einer weiteren Senkung der Lebenshaltungskosten könne man an den augenblicklichen Löhnen und Gehältern der Staatsbeamten festhalten. Das Reichsarbeitsministerium wird in dem Schreiben gebeten, auf die Schlichtungsausschüsse in dem Sinne dieser obengenannten Schilderung der Gesamtoe hältnisse einwirken zu wollen. Wenn dies nicht zum Erfolg führen sollte, wird angeregt, ob nicht durch eine auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassene Verordnung die Spruchtätigkeit der Schlichtungsausschüsse stark einzuschränken wäre, daß diese die Gehaltssätze des Reiches nicht oder nur mit besonderer Voraussetzung überschreiten. Dieses Schreiben des Ministerialrats Dr. Schlieben, das die Billigung des Reichsfinanzministers gefunden hat, hat den Blättern zufolge in den Kreisen der Gewerkschaften und bei einigen Schlichtungsstellen lebhaften Protest hervorgerufen. Wie die Blätter hören, wollen die Spitzenverbände der freien Gewerkschaften Abwehrmaßnahmen treffen. Durch die sozialdemokratische Partei soll im Reichstag eine Anfrage eingebracht werden, ob die Reichsregierung mit dem Vorschlage des Reichsfinanzministeriums einverstanden ist, und ob der Inhalt des erwähnten Schreibens dem Reichskabinett vorgelegen und dessen Billigung gefunden habe.

Frankreichs Reparationsansprüche.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Paris, 22. Januar

Der Kongreß der radikalen und sozialistisch-radikalen Partei in Lyon hat gestern unter dem Vorsitz Herriots eine Tagesordnung angenommen, in der die Ansprüche Frankreichs auf Reparationen bekräftigt, jedoch festgelegt wird, daß angesichts des negativen Ergebnisses der Ruhrbesetzung die Reparationen durch eine interalliierte Verständigung und internationalen Abmachungen gesichert werden müßten. Auf die Stelle der gegenwärtigen Pfänder seien andere zu setzen.

Die Kommunisten in Frankreich.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Paris, 22. Jan.

Die kommunistische Partei Frankreichs hat gestern in Lyon ihren 3. Landeskongreß eröffnet, auf dem nach Berichten der Mandatsprüfungskommission 84 lokale Gruppen durch 188 Delegierte vertreten waren. In der Nachmittagssitzung sprach der Führer der kommunistischen Partei des Landes, für die englischen Kommunisten, Newbald. Die deutsche Partei war durch Rosa Wolfstein vertreten.

Ein Eisenbahnunglück.

WTB Darmstadt, 22. Jan. Gestern vormittag ereignete sich im Hauptbahnhof kurz vor der Einfahrt ein schweres Eisenbahnunglück. Ein von Mainz kommender Regiepersonenzug fuhr auf eine schwere Lokomotive des Aschaffenburger Zuges, der auf einem Nebengleis hielt. Durch den Anprall wurde die erste Maschine aus dem Gleis geworfen und schwer beschädigt. Drei Personen wurden schwer und 14 leicht verletzt. Die Schwerverletzten sind Arbeiter, die auf dem ersten Wagen hinter der Lokomotive auf der Plattform standen und zum Teil erst mit autogenen Schweißapparaten aus den Eisenbahnklammern geschnitten werden mußten. Das Unglück ist dadurch so schwer, daß der französische Regiezug nicht wie die deutschen Züge hinter der Lokomotive einen leeren Schutzwagen haben. Das Unglück dürfte darauf zurückzuführen sein, daß der Beamte des Stellwerks nicht erkannt hat, daß die Aschaffenburger Lokomotive 1—2 Metr. zu weit gefahren war und mit einem Puffer in das Hauptgleis geriet.

Würdig wurde der Rentenmark ihr Weg gebahnt wochenlang kamen die amtlichen Kommentare darüber, daß „die Rentenmark in den nächsten Tagen kommen werde", daß „Ausgabe immittelbar bevorstehe". Eine schier gruseligwohlige Spannung auf der Segen der Rentenmark sich ergoß ins deutsche Land. Die Probleme des Wiederbeschaffungspreises und der Dollarberechnung verloren ihre Schrecken. Mark ist wieder gleich Mark und langsam erholten sich die Gehirne von sechzig Millionen Deutschen vom Irrsinn endloser Nullenreihen.

Der Personalabbau.

Im Sparausschuß des Reichstages, der bekanntlich die Ueberwachung des Personalabbaues auszuführen hat, wurden die Maßnahmen, die zum Zwecke des Personalabbaues bei der Postverwaltung durchgeführt worden sind, einer eingehenden Erörterung unterzogen. Von seiten des Reichspostministeriums wurde in zahlenmäßiger Darstellung ein Bild des bisher getätigten Abbaues gegeben. Danach wurde der Personalbestand, der bei der Post am 1. 10. 1923 vorhanden war, bis Ende Januar dieses Jahres bereits um über 10 Prozent der Beamten und Angestellten vermindert. Im Reichspostministerium selbst wurden im höheren Dienst 26, im mittleren Dienst 30 und im unteren Dienst 20 Prozent abgebaut.

In erster Reihe wurden die über 60 Jahre alten Beamten vom Abbau betroffen. Von seiten des Reichsfinanzministeriums wurde erklärt, daß in Kürze eine Verfügung erlassen werde, wonach Schwerkriegsbeschädigte nur aus ganz zwingenden Gründen entlassen werden dürfen, eine Entlassung von Blinden möglichst überhaupt nicht in Frage kommen darf. Der Vertreter des Sparkommissars gab die Erklärung ab, daß es nicht im Sinne der Personalabbauverordnung läge, Beamte, die zur Verminderung des Personalbestandes von den Abbaumaßnahmen betroffen worden seien, durch Neueinstellungen zu ersetzen. Er wies weiter darauf hin, daß die Erörterungen darüber, ob und in welcher Weise, u. a. etwa durch Ansiedlung für die anderweitige Unterbringung des entlassenen Personals gesorgt werden soll, dem Abschluß nahe seien.

Im weiteren Verlauf der Diskussion wurde aus der Mitte des Ausschusses Klage darüber geführt, daß wohl die Reichsverwaltung entsprechend der Finanznot ihren Beamten- und Angestelltenapparat stark abgebaut habe, daß aber einzelne Länder und Gemeinden sich dieser Pflicht nur sehr lässig und widerwillig unterzögen.

•

WB **Berlin**, 19. Jan. Im **ständigen Ausschuß des Preußischen Landtages**, der sich mit der Personalabbauverordnung beschäftigte, bezeichnete der **Finanzminister** die Einsetzung eines vom Unterausschusse beschlossenen Ueberwachungsausschusses des Landtages durch die Notverordnung als im Widerspruch mit der parlamentarischen Regierungsform stehend. Der Minister wandte sich besonders gegen die provinzialen Schiedsgerichte, die lediglich die Durchführung der geplanten Maßnahmen erschweren und die finanziellen Erfolge herabdrücken würden. Die Staatsregierung sei durchaus bereit, sich der Kontrolle über etwa mißbräuchliche Anwendung der Maßnahmen erschweren und die finanziellen Erfolge herabdrücken würden. Die Staatsregierung sei durchaus bereit, sich der Kontrolle über etwa mißbräuchliche Anwendung der Maßnahmen zu unterwerfen, die Beschlüsse des Unterausschusses seien aber für die Regierung unannehmbar. Die Ausführungsbestimmungen könnten erst nach Erlaß dem Ausschuß vorgelegt werden. Nach eingehender Aussprache, in der die Vertreter der Koalitionsparteien ihre Bereitwilligkeit erklärten, den Bedenken der Regierung durch Einschränkung der Unterausschußbeschlüsse Rechnung zu tragen, während die Deutschnationalen dies als einen glatten Umfall der Koalition bezeichneten, wurden die Verhandlungen gegen sieben Uhr abends auf Wunsch des Finanzministers unterbrochen, um innerhalb der Koalition nach einer Lösung zu suchen.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen wurde ein Koalitionsantrag angenommen, wonach der Beamte, wenn er in den Ruhestand versetzt oder entlassen wird, Einspruch erheben kann, der aber keine aufschiebende Wirkung hat und nur vom Staatsministerium zurückgewiesen werden kann. Vor einer etwaigen Ablehnung ist ein dreigliedriger Ausschuß zu hören, gegen dessen Feststellungen die Regierung nur mit Dreiviertelmehrheit entscheiden kann. Der Vorsitzende des Vertrauensausschusses soll ein vom Staatsministerium ernannter richterlicher Beamter sein. Die Besitzer ernennt der Oberpräsident. Die Deutschnationalen erklärten, daß dieser Koalitionsantrag für sie unannehmbar sei. Im übrigen wurden die Anträge des Unterausschusses im großen und ganzen angenommen.

Deutschnationale und Auflösung des Reichstages.

Die deutschnationale Fraktion hat folgenden Antrag im Reichstage gestellt:

Mit dem 15. Februar läuft das vom Reichstag beschlossene Ermächtigungsgesetz ab. Nachdem der Reichstag sich einmal ausgeschaltet hat, hat er es selbst unmöglich gemacht, seine Aufgaben in der erforderlichen Weise weiter zu erledigen. Der Ruf nach Neuwahlen tönt immer lauter durch das Land. Die unter anderem gegen ihre Vornahme vorgebrachten Bedenken, daß die Erregung im Lande zu groß wäre, haben sich als nicht stichhaltig erwiesen. Die bisherigen Wahlen in einzelnen Ländern sind im Gegenteil unter dem Schutz des militärischen Ausnahmezustandes ruhig und unter Beteiligung aller Parteien verlaufen. Zahlreiche andere Länder nehmen in kürzester Frist Neuwahlen vor. Es liegt daher kein Anlaß vor, die Neuwahlen für den ausgeschalteten, überalterten, der Stimmung im Volke nicht mehr entsprechenden Reichstag weiter aufzuschieben. Die Vornahme der Neuwahlen muß im Gegenteil früher als vor dem nach der Reichsverfassung letzten zulässigen Fälligkeitstermin erfolgen. Der militärische Ausnahmezustand ist zum Schutze der Wahlen — bei vollster Sicherung der Wahlfreiheit für alle Parteien — aufrecht zu erhalten, bis nach Zusammentritt des neuen Reichstages über seine Fortdauer entschieden werden wird.

Die deutschnationale Fraktion stellt daher den Antrag: der Reichstag wolle beschließen, auf den Herrn Reichspräsidenten dahin einzuwirken, daß dieser Neuwahlen alsbald einberuft und dementsprechend den Reichstag auflöst.

Sparen und Entbehren.

Das neue Jahr hat eine böse Parole gebracht. Wir sollen das eben begonnene sechste „Friedensjahr" noch weniger „genießen" als seine Vorgänger. Die Gehälter und Löhne werden gekürzt, die Möglichkeit zu Arbeit und Verdienst schrumpft zusammen und mit ernster Sorge sehen die Kenner unserer Lage den Schwierigkeiten entgegen, welche die ausreichende Versorgung unseres Volkes im Frühling und Sommer dieses Jahres bereiten wird. Hat sich eigentlich unsere Lage erst in den letzten Monaten so verschärft? Die Besserung der Währungsverhältnisse und die günstige Entwicklung der Preise bewiesen doch das Gegenteil! — Nein, die Notwendigkeit zu entbehren und zu sparen hat schon all die Jahre hindurch bestanden, sie ist nur von unserem Volke nicht richtig erkannt und dann auch von unseren Führern nicht richtig quittiert worden. Seit Unterzeichnung des ersten Waffenstillstandsvertrages war unser Schicksal entschieden, daß wir viele Jahre lang unseren Verbrauch aufs äußerste einschränken und mit den öffentlichen und privaten Mitteln auf das gewissenhafteste umgehen müssen.

Verbreitete Auffassungen und Schlagworte stehen der Parole dieses Jahres entgegen. Immer wieder hört man, daß bei einer allzu großen Beschränkung des Verbrauchs der innere Absatz unserer Produkte abnehmen und der Beschäftigungsgrad in vielen Gewerbezweigen noch unter den Stand des jetzigen hinab gemindert werden müsse. Selbstverständlich hat das Entbehren keinen Zweck, wenn die erzeugten Produkte nicht anderweitige nützliche Verwendung finden können. Gestattet aber unsere Selbstbeschränkung eine Belebung der Warenausfuhr, so bedeutet das für uns eine Sicherung unentbehrlicher Rohstof- und Nahrungsmitteleinfuhren und damit die denkbar beste Bekämpfung einer folgenschweren Versorgungskrise. Auch über die Art des Sparens müssen einige ergänzende Worte gesagt werden. Leider haben wir Jahre verstreichen lassen, ohne die Vorbedingung für eine vernünftige und nützliche öffentliche Sparsamkeit zu schaffen, nämlich den Abbau überflüssiger oder doch nicht unbedingt notwendiger Behörden. Nun werden allerdings die Verfechter kultureller und sozialer Fortschritte fast bei jedem Akt der Sparsamkeit beweisen, daß der in Aussicht genommene Abbau behördlicher Tätigkeit ein „Rückschritt" bedeute und uns von dem bisher eingenommenen ersten Platz in der Reihe der Kultur- und Sozialvölker verdrängen werde. Hiergegen ist zu sagen: Wir haben mit dem Kriege mindestens für eine Reihe von Jahren auch die Möglichkeit verloren, in kulturellen und sozialen Fragen an der Spitze der Völker zu marschieren. Wenn wir unser körperliches Leben fristen wollen, bleiben nur bescheidene Beträge übrig, welche wir der Erfüllung „höherer" Aufgaben widmen können. Was uns irgend zur Verfügung steht, müssen wir aufwenden, um unserer Jugend eine solide geistige und sittliche Ausbildung zu geben, denn nur, wenn die neue Generation untüchtig wird, läuft unser Volk Gefahr, von anderen Völkern endgültig überflügelt zu werden. Was der einzelne sich an Lebensgenuß versagt, trägt dazu bei, bedrängten Volksgenossen das Leben zu erhalten; was die öffentlichen Organe an nicht unbedingt erforderlichen Aufwendungen einsparen, können sie der Jugend und damit der Zukunft unseres Volkes zur Verfügung stellen. Entbehren und Sparen ist heute nicht nur die saure Pflicht, sondern auch das ethische Recht jedes anständigen Deutschen!

Richter und Hypothekenfrage.

Der Richterverein beim Reichsgericht hat an die Reichsregierung zur Hypothekenfrage einen Aufruf erlassen, in dem es u. a. heißt:

„Nach Zeitungsnachrichten erwägt die Reichsregierung eine Maßnahme, durch die eine Aufwertung von Hypotheken (und wohl auch anderer Geldansprüche) verboten werden soll. Der unterzeichnete Vorstand des Richtervereins des Reichsgerichts würde glauben, gegen seine Pflicht zu verstoßen, wenn er es unterließe, seine warnende Stimme hiergegen zu erheben. Niemand wird dem Reichsgericht den Vorwurf machen, daß es vorschnell und unüberlegt die Gleichung „Mark gleich Mark" aufgegeben habe.

Langsam und vorsichtig hat es zunächst auf einzelnen Rechtsgebieten die Notwendigkeit einer Aufwertung anerkannt, aber immer entschlossener und allgemeiner hat sich die neue Auffassung durchgesetzt. Von besonderer Bedeutung ist die Entscheidung des Paragraphen 5 des Zivilsenats vom 28. November 1923, die im Grundsatz dem Schuldner die Befugnis abspricht, eine in besserem Geld begründete Schuld in entwerteter Papiermark abzutragen und die Löschung der Hypothek zu fordern. Die zurückhaltende Art, wie dieses Urteil begründet ist, ist ein Zeugnis davon, wie sehr sich der Senat seiner Verantwortung angesichts der Tragweite der Entscheidung bewußt ist. Wenn der höchste Gerichtshof des Reichs nach sorgfältiger Erwägung des Für und Wider zu einer solchen Entscheidung gelangt ist, so glaubt er von der Reichsregierung erwarten zu dürfen, daß die von ihm vertretene Auffassung nicht durch einen Machtspruch des Gesetzgebers umgestoßen wird. Gestützt ist die Entscheidung auf den großen Gedanken von Treu und Glauben, der unser Rechtsleben beherrscht, gestützt auf die Erkenntnis, daß ein ferneres Festhalten an der Vorstellung, Mark sei gleich Mark, zu einem höchsten Maß des Unrechts führen würde, unerträglich in einem Rechtsstaat. Von demselben Gedanken war aber zugleich die Auffassung des Gerichts über das Maß der gebotenen Aufwertung getragen, wonach die Folgen der Geldentwertung angemessen auf Gläubiger und Schuldner zu verteilen sind, dem Gläubiger also wenigstens für die Regel **keine volle Umwertung auf dem Goldfuß** zukommt. Der Gedanke von Treu und Glauben steht außerhalb des einzelnen Gesetzes, außerhalb einer einzelnen positiv-rechtlichen Bestimmung. Keine Rechtsordnung, die diesen Ehrennamen verdient, kann ohne jenen Grundsatz bestehen. Darum darf der Gesetzgeber nicht ein Ergebnis, das Treu und Glauben gebieterisch fordern, durch sein Machtwort vereiteln. Eine gesetzgeberische Maßnahme, die die Betroffenen schädigt, kann sich vom Standpunkt des Ganzen nachträglich als unzweckmäßig herausstellen. Der Gefahr solcher Mißgriffe kann kein Gesetzgeber entgegnen. Aber ein schwerer Stoß nicht nur für das Ansehen der Regierung, sondern für das Rechtsgefühl im Volk und für den Glauben an das Recht wäre es, wenn es dazu kommen müßte, daß jemand, der sich im Rechtsstreit auf die neue gesetzliche Vorschrift berief, damit von den Gerichten mit der Begründung abgewiesen würde, seine Berufung auf die Vorschrift verstoße gegen Treu und Glauben, als unsittliche seiner unsittlichen Folgen wegen, als

eine verfassungswidrige Enteignung,

oder als eine dem verfassungsmäßig gewährleisteten Grundsatz der Allgemeinheit der Besteuerung Hohn sprechende Steuer rechtsunwirksam wäre.

Die ernste Gefahr einer solchen oder ähnlichen richterlichen Beurteilung der geplanten Maßnahme — auch durch das höchste Gericht — besteht, und sie besteht auch dann, wenn die Regierung, unter dem Druck der aufgetretenen Widerstände die ursprünglich geplante Schroffheit mildernd, die im Recht begründete Aufwertung nur zum Teil verbieten sollte. Der Vorstand bittet, dieses Bild von der Stimmung beim Reichsgericht so ernst, wie es geschildert ist, zu würdigen."

Hoffmann von Fallersleben.

Zur 50. Wiederkehr seines Todestages.

Am 19. Januar jährte sich zum fünfzigstenmal der Tag, an welchem August Heinrich Hoffmann von Fallersleben, der Dichter des Deutschlandliedes, gestorben ist. Der preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat in einem Erlaß an die Provinzialschulkollegien angeordnet, daß am Todestage in allen preußischen Schulen des Dichters in geeigneter Weise gedacht werde. Und das ist recht so; denn August Heinrich Hoffmann — die von ihm selbst gewählte Namensergänzung „von Fallersleben" unterscheidet ihn von den vielen in der Oeffentlichkeit hervorgetretenen Hoffmanns, die nicht in Fallersleben geboren sind — war ein zwar nicht besonders hervorragender, aber doch recht achtbarer, liebenswürdiger Dichter, der nicht etwa bloß um seines „Deutschland, Deutschland über alles" willen öffentliche und sogar behördliche Anerkennung verdient.

Der ruhelose Mann, der viele Jahre lang ein wahres Nomadenleben führte und wegen seiner freiheitlichen Gesinnung seiner Professur enthoben und aus mehreren deutschen Bundesstaaten polizeilich ausgewiesen wurde, bis er auf Schloß Korzeo als Bibliothekar der Bücherei des Herzogs von Ratibor einen Ruhepostenfand, erwarb sich als Sprachforscher durch Veröffentlichung zahlreicher älterer deutscher Literaturdenkmäler noch lange nicht genug gewürdigte Verdienste. Als Dichter aber gewann er durch sarkastische Gedichte politischer Natur, durch anmutige, leicht singbare Kinderlieder und durch eine erstaunliche Anzahl anderer Gedichte einen allgemein anerkannten Namen. Ein ganzer Strauß seiner Lieder ist im besten Sinne des Wortes populär geworden, so populär, daß man darüber beinahe den Namen des Dichters vergessen hat, weil diese Lieder wie echte Volkslieder anmuteten. Das merkwürdigste ist, daß Hoffmann, obgleich er nicht musikalisch gebildet war, zu vielen seiner Lieder auch köstliche passende Melodien angab.

In seinem Geburtsort Fallersleben wurde dem Dichter, der 76 Jahre alt geworden ist, ein Denkmal errichtet; ein zweites Hoffmann-Denkmal steht auf der Insel Helgoland, wo der Dichter im Aug. 1841 sein zur deutschen Nationalhymne gewordenes „Deutschland, Deutschland über alles" gedichtet hat; ein drittes in Kornei.

Kirchliches.

Das Kardinalskollegium

besteht zu Beginn des Jahres 1924 aus 64 Mitgliedern, und zwar 6 Kardinalbischöfen, 47 Kardinalpriestern und aus 11 Kardinaldiakonen; 33 gehören der italienischen und 31 einer anderen Nationalität an, welch letztere sich auf folgende Reiche und Länder verteilen: Frankreich 7, Deutsches Reich und Spanien je 4, Oesterreich, Polen, Großbritannien und die Vereinigten Staaten, je 2, Ungarn, Tschechoslowakei, Belgien, Niederlande, Irland, Portugal, Kanada und Brasilien je 1. In Rom an der Kurie residieren 33, extra Curiam sind 31. Von den 9 Ordenskardinälen gehören 2 den Dominikanern, 2 den Jesuiten, je 1 den lateranensischen Chorherrn, Benediktinern, Piaristen, Redemptoristen und Salesianern an. Der Ernennung

---

Nur ein Mädchen.

Eine einfache Erzählung aus dem Leben.

14) Von B. v. **Winterfeld.**

„Ich gebe alle Hoffnung noch nicht auf," hatte er ihr beim Scheiden gesagt; und als er nun allein war, flüsterte er: „Heino, und immer wieder Heino! Er ist doch ihr erster und letzter Gedanke bei allem!"

Eine halbe Stunde später stand Franz im Studierzimmer des Grafen und teilte ihm seine Wünsche und Hoffnungen mit, ohne die Unterredung mit Lina zu verschweigen. Als ein Bild männlicher Kraft und Schönheit sah der Graf den jungen Offizier vor sich stehen.

„Ich habe diese Entwicklung in jüngster Zeit kommen sehen, lieber Freund," begann er, nachdem er schweigend zugehört. „Ich habe nichts tun können, die Sache zu hindern. — Ich gestehe Ihnen offen, daß Sie mir früher nicht sehr lieb waren, doch sind Sie es mir mehr und mehr geworden, besonders in dieser letzten, schweren Zeit. Sie sind jetzt ein Freund unserer Familie."

„O, wie danke ich Ihnen für dies Wort, Herr Graf!" rief Franz, indem er die Hand des alten Herrn ergriff.

„Was nun die Entscheidung über das Lebensglück meines einzigen Kindes betrifft," fuhr dieser fort, „so muß jeder sein Herz selbst am besten kennen. Ich würde mein einziges Kind niemals in der Wahl eines Gatten zu beeinflussen suchen. — Uebrigens glaube ich, daß Lina sich noch nie mit dem Gedanken an eine Heirat beschäftigt hat. — Sie lebte bisher so ganz für ihren armen Pflegebruder." — Die Stimme des alten Herrn wurde unsicher.

„Ich wage ja heute keine Entscheidung zu erbitten," sagte Franz bescheiden. „Ihre Komtesse Tochter wies mich beinahe ab — aber ich klammere mich noch an die Hoffnung, daß sie sich die entscheidende Antwort überlegt — ich will ja gern Geduld haben — wenn ich nur hoffen darf!"

„Ich denke auch, wir lassen Lina ruhig Zeit — mag sie sich gründlich prüfen und alles überlegen."

Franz brach bald auf. Ziemlich hastig sagte er heute Heino Lebewohl. Lina sah er nicht mehr. Das Herz war ihm schwer, als er einsam durch den stillen Winterabend nach seiner Garnison zurückritt. Er schalt sich töricht, noch einer Hoffnung Raum zu geben — hatte Lina ihn doch ziemlich klar abgewiesen — aber hatte sie nicht auch wieder gemeint, sie wollten Freunde bleiben wie bisher? — Vielleicht wurde sie doch noch anderen Sinnes.

Als Lina später mit ihrer Handarbeit bei ihrem Vetter saß, während die Großmutter am Kaminfeuer im Sessel eingenickt war, ruhte sein Blick forschend auf dem jungen Gesicht. Er las daraus, daß etwas sie beschäftigte, und daß ihr Lächeln gezwungen und ihre Antwort öfter zerstreut war.

„Heute hast du ja einmal wieder Rosen auf den Wangen, Linchen," bemerkte er, „das ist wohl die Folge des Nachmittagsspazierganges — du hättest längst täglich hinaus gemußt — die frische Luft hat dir in den letzten Wochen so gefehlt!"

„Es war schön draußen," erwiderte sie, indem sie sich bemühte, unbefangen zu sprechen. — Und dann erzählte sie ihm von ihren Dorfbesuchen und von dem Ergehen der verschiedenen Kranken.

„Weshalb Franz heute nur so früh aufbrach? Sonst blieb er stets zum Tee," begann Heino wieder. Lina nähte schweigend weiter.

„Du sahest ihn heute wohl gar nicht?" fuhr er fort. „Doch er traf mich in der Kastanienallee, als ich vom Dorf kam."

„Habt Ihr euch gesprochen?"

„Er begleitete mich durch den Park nach Hause," erklärte das junge Mädchen, emsig weiterarbeitend, während sein Blick prüfend auf ihrem Gesicht ruhte, das ihm jetzt wieder so blaß erschien. — Er drang nicht weiter in sie, aber er fühlte, daß sie ihm etwas verbarg. Bisher hatten sie jeden Gedanken miteinander geteilt.

* * *

Am nächsten Vormittag las Lina, wie sie es gewohnt war, ihrer Großmutter die Zeitung vor, als die alte Dame sie unterbrach:

„Laß nur, Kind, ich höre heute doch nicht zu. Ich möchte mit dir reden."

Und als die Enkelin schwieg, fuhr sie erregt fort:

„Dein Vater sagt mir, daß Franz von Rohrbeck sich um dich bewirbt."

Bei diesen Worten war Lina emporgefahren, und tiefes Rot überzog ihr Gesicht — doch schwieg sie.

„Es ist ein großes Glück für dich, Kind," sprach die alte Dame weiter. „Dein Vater und ich sind betagt — wir können ruhig sterben, wenn wir dich so gut geborgen wissen."

„Ich will überhaupt nicht heiraten, Großmutter," kam es nun schüchtern von den jungen Lippen.

Die alte Frau lachte:

„Solche Ideen setzt man sich in deinen Jahren leicht einmal in den Kopf — aber ich hoffe, Franz wird dich schon bekehren."

„Ich möchte um Heinos willen unverheiratet bleiben, damit ich Waldenstein niemals verlassen brauche — er hat mich so nötig, wenn er hier ist!"

„Kindskopf!" murrte die Gräfin ungeduldig. „Jetzt denkst du dir das so, aber ihr werdet beide älter, und wer weiß, wie Heino dann darüber denkt! Er ist ja gut und edel und wird dich gewiß niemals hier fortweisen, aber ich, an deiner Stelle, wäre zu stolz, als armes Mädchen meinem reichen Vetter später einmal zur Last zu liegen. — Du weißt ja, daß alle Einkünfte der Herrschaft immer wieder dem einstigen Besitzer zugute kommen, und daß du, armes Kind, weil du nur ein Mädchen bist, arm bleibst wie eine Kirchenmaus — solltest froh und dankbar sein, von einem reichen, hübschen Mann aus angesehener Familie begehrt zu werden!"

Lina hatte von dem allen nur einen Satz gehört.

„Das meinst du, Großmutter? Ich könnte ihm einmal zur Last liegen?" Ganz blaß stand sie da, die großen Liederaugen angstvoll auf die Ahne gerichtet.

„Da gewiß meine ich das! Ich verstehe überhaupt nicht, wie du zögern kannst, ein Glück, daß sich dir jetzt bietet, zu ergreifen. Weiset du Franz jetzt ab, so bin ich überzeugt, du bereust es später bitter, wenn du dich hier als armes, altes Mädchen von dem Schloßherrn mitleidiggeduldet siehst."

Lina hatte die Hände vor das Gesicht gedrückt, und keines Wortes mächtig, verließ sie stumm das Zimmer. In ihrem Stübchen schloß sie sich ein. Am liebsten hätte sie ihr übervolles Herz bei Heino ausgeschüttet, hätte sich von ihm Rat und Trost geholt, aber das war ihr jetzt unmöglich, nach dem, was ihr die Großmutter gesagt. — Ja, der edle, immer großmütige Heino würde sie natürlich lebenslang in Waldenstein dulden — aber lieber würde es ihm doch wohl sein, sie irgendwo gut verheiratet zu wissen. Niemals bis heute hatte sie ihre Lage und die Verhältnisse, in denen sie lebte, von dieser Seite aufgefaßt. — Sie mußte bitterlich weinen. Wie schön hatte sie es sich immer gedacht, ihr ganzes Leben in Waldenstein mit dem geliebten Bruder zu verbringen — und nun war auf dies lichte Zukunftsbild so grauer Weltau gefallen. Es war schrecklich, zu denken, daß sie Heino einmal zur Last fallen könnte. — Nein! Nur das nicht! Wenn ihr auch über dem Scheiden das Herz brechen würde!

* * *

Als Franz nach zwei Tagen wiederkam, traf er Lina allein im Wohnzimmer. Sie saß am Klavier und war so in ihr Spiel vertieft, daß sie seine Gegenwart erst bemerkte, als er schon geraume Zeit hinter ihr gestanden. Sie sah sehr blaß und ernst aus und ließ es still geschehen, daß er ihre beiden Hände nahm und an die Lippen führte, und als er dann ihre eine Hand in der seinen behielt und mit vor Erregung bebender Stimme fragte:

„Linchen, kannst du dich nicht entschließen, „ja" zu sagen — willst du es nicht mit mir versuchen? — Einziggeliebte!"

Da neigte sie leise den blonden Kopf — und in der Bewegung lag mehr schmerzliche Resignation als beseligte Zustimmung.

Doch dem jungen Mann entging dies, er sah nur das Neigen des geliebten Hauptes, und stürmisch wollte er sie in seine Arme ziehen. Doch da entzog sie sich ihm sanft, und er konnte den Kuß, den er so gern auf ihren Mund gedrückt hätte, nur wieder und wieder auf ihre schmale Hand pressen, während er glückerfüllt stammelte:

„Meine geliebte Lina, meine süße Braut!"

Sie erschauerte leise.

(Kreation) nach sind von Leo 13., 24 von Pius 10., 24 von Benedikt 15. und 12 von Pius 11.

Ortsnachrichten aus dem Kreise Olpe.

!! **Olpe**, 22. Jan. (Neues Leben im Kriegerverein.) Nach längerer Pause hielt der Kriegerverein wieder eine Monatsversammlung ab, die gut besucht war. Es war deshalb eine Freude für den Vorsitzenden, Schulrat Braun, je viele alte und junge Kameraden begrüßen zu können. Es ist das ein Beweis dafür, daß es im Verein wieder aufwärts geht. Nach Aufnahme einiger neuer Mitglieder erstattete der Schriftführer, Kam. Rickers, Bericht über die am 6. Jan. d. Jahres in Finnentrop abgehaltene Vorstandssitzung des Kreis-Kriegerverbandes. Neben geschäftlichen Mitteilungen ist besonders zu erwähnen, daß dem längjährigen 1. Schriftführers des Verbandes, Kam. Schürholz-Olpe, für seine Tätigkeit im Allgemeinen, besonders aber für seine großen Verdienste um das Kriegervereinswesen im Kreise Olpe, das vom Deutschen Reichskriegerbunde, Kyffhäuser gestiftete Ehrenkreuz 1. und 2. Klasse verliehen worden sei, wozu ihm der Vorsitzende, Namens des Vereins die herzlichsten Glückwünsche aussprach. Um das Interesse für den Verein und die Versammlungen zu fördern, soll am 2. März (Fastnachtssonntag) nachmittags 4 Uhr beginnend im großen Schwanensaale eine Familienfeier stattfinden bestehend, in Vaterländischem Vortrag und theatralischen Aufführungen. Für den musikalischen Teil ist die Kapelle der hiesigen Freiw. Feuerwehr in Aussicht genommen. Die weitere Vorbereitungen sollen dem Vorstand und Festausschuß überlassen werden. Die satzungsmäßige Hauptversammlung soll Ende Februar oder im März stattfinden. Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß Kam. Heinr. Reperich mit seiner Kapelle im Interesse der guten Sache viel zur Gemütlichkeit des Abends beigetragen hat.

—!— **Meggen**, 22. Jan. Gestern fand hier bei guter Beteiligung eine Konferenz der Vorstände der kathol. Arbeitervereine des Lennetales (Dekanat Olpe) statt. Aus den reichen Verhandlungen sollten folgende Punkte auch der Oeffentlichkeit unterbreitet werden:

1) Die heutigen antisozialen Bestrebungen seitens vieler Vertreter des Kapitals werden bedauert und verurteilt. Ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten mit den gegebenen wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter würde die unbedingt notwendige Hebung der Produktion mehr fördern als ein herrschermäßiges, die bittere Not der hungernden Arbeiterfamilien klug berechnendes Diktat des Kapitals. Die Arbeiter sind bereit zur Mehrleistung, selbst unter vorläufiger Aufhebung des 8-Stundentages, obschon dieser für Hebung des Familienlebens sowie der geistigen Ausbildung und für die Erhaltung der Volkskraft (bei richtiger Auffassung und Ausnützung seitens der Arbeiterschaft) an sich so notwendig ist. Die Arbeiter werden ihre letzte Kraft, mag diese auch noch so geschwächt sein infolge der zu niedrigen Löhne, einsetzen für die wirtschaftliche Rettung des Volkes, aber nicht für die Bereicherung einer bestimmten kleinen Schicht, und nicht gegen der Verschacherung der allgemeinen sozialen Rechte. Sie wollen die Berufsfreude und Arbeitsfreude und damit auch die Mehrleistung fördern durch geistigsittliche Mittel, jedoch auch durch weitere Auswertung und vernünftigen Ausbau des Betriebsrätegesetzes. — Unbedingt halten wir fest an den christlichen Gewerkschaften und bringen für die Erhaltung derselben alle notwendigen Opfer.

2) Wir kathol. Arbeiter freuen uns über die kürzlich veröffentlichten klaren Entscheidungen der deutschen Bischöfe gegen die freien Gewerkschaften. In diesen Entscheidungen spricht sich nicht nur der Kampf gegen die unchristliche Weltanschauung im allgemeinen aus, sondern auch die weise Sorge für die Arbeiterschaft; denn der Arbeiterschaft kann wahrhaft und dauernd nur geholfen werden nur durch Anwendung der christlichen Grundsätze im wirtschaftlichen und sozialen Leben und nicht durch den materialistischen, oft nur auf augenblicklichen Partei-Erfolg eingestellten Gedanken der freien Gewerkschaften.

3) Wir katholischen Arbeiter werden mit aller Kraft die bevorstehenden großen Wahlen vorbereiten. Wir werden nur für die Zentrumspartei eintreten, weil diese Partei sich bestens bemüht hat um die Vertretung der berechtigten Interessen der Arbeiterschaft, weil sie ferner die Gemeinschaft aller Stände und damit das Wohl des ganzen Volkes fördert, weil sie zudem allein von allen Parteien erfolgreich für die religiösen und kulturellen Rechte und Aufgaben des katholischen Volksteils eingetreten ist. Für eine andere politische Partei darf ein Mitglied der katholischen Arbeitervereine nicht eintreten, auch nicht für die anderswo auftauchende sog. „Volksgemeinschaft". — Für die Kommunalwahlen wünschen wir dringend keine Stände-Wahlen, sondern Partei-Wahlen.

4) Wir empfehlen unseren Mitgliedern dringend außer der Standespresse auch die Unterstützung der Zentrumspresse (besonders des „Sauerländischen Volksblattes"). Schärfsten Kampf sagen wir an der aus Neheim kommenden neuen „Sauerländischen Morgenpost", welche in ganz brutaler Weise gegen Gewerkschaften und Zentrumspartei arbeitet.

„" **Altenhundem**, 22. Jan. (Aus der Zentrumspartei im Kreise Olpe.) Die Zentrumspartei im Kreise Olpe will auch im neuen Jahre die Agitations- und Organisationsarbeit mit aller Kraft fortführen. Das Wahljahr 1924 wird ohne Zweifel hohe Anforderungen an unsere Organisation stellen. Tragen wir jetzt schon dazu bei, daß wir im Kampfe stark sind. Als Auftakt zur Wahlarbeit soll am Montag, dem 4. Febr., nachmittags 2einhalb Uhr bei Biggemann in Finnentrop die erste diesjährige Kreiskomitee-Sitzung stattfinden. Es gilt zunächst, Aufschluß zu erhalten über die außen- und innenpolitischen Fragen der Gegenwart. Reichstagsabgeordneter Schulrat Rheinländer wird über genannte Fragen eingehend berichten. Sodann soll Bericht gegeben werden über den Stand der Organisation im Kreise, über die Parteikasse, die Tätigkeit des Vorstands u. a. Einen ausgedehnten Raum in den Verhandlungen werden die Erörterungen über die Vorbereitungen zu den bevorstehenden Wahlen einnehmen müssen. Mögen darum alle Delegierte dafür sorgen, daß sie an der angekündigten Sitzung teilnehmen können. Abg. Rheinländer wird am vorhergehenden Sonntag, am 3. Febr. in zwei öffentlichen Versammlungen zu seinen Wählern sprechen. Die erste Versammlung findet in Langenei gegen 11 Uhr morgens, die zweite in Altenhundem um 4 Uhr im Jugendheim statt. Ortsgruppen, die mit der Zahlung der Beiträge aus 1923 noch im Rückstande sind, — es sind nicht wenige — werden auf diesem Wege nochmals dringend gebeten, das Versäumte möglichst bald nachzuholen.

!) **Altenhundem**, 22. Jan. Am Donnerstag, dem 24. Jan. findet in der hiesigen kath. Schule, ein sog. Religionstag für die Arbeitsgemeinschaft der Lehrer und Lehrerinnen der Aemter Bilstein und Kirchhundem statt. Die Tagung dauert von 9einhalb Uhr morgens bis gegen 3einhalb Uhr nachmittags. Es werden zwei Lehrproben und mehrere Vorträge über Religionsmethode gehalten werden. Als Dozent für die ganze Tagung ist Seminardirektor Frese, Olpe gewonnen. Der erforderliche Urlaub ist für die Teilnehmer seitens der Aufsichtsbehörde bewilligt.

GV Wirtschaftsteil. GV

Die Sorgen um die Aktien-Zusammenlegungen.

Das ganze gegenwärtige Effektengeschäft wird beherrscht von der Sorge um die Zusammenlegungsfrage, um die Sorge darüber also, ob und in welchem Umfang die Wertpapiere auf Grund der Goldbilanzen zusammenschrumpfen müssen. Derartige Befürchtungen haben das ganze Getriebe an der Börse seit Bekanntgabe der Regierungsabsicht bezüglich der Goldbilanzierung bestimmt. Da in jener Regierungsverordnung der Mindestpreis einer künftigen Goldaktie mit 100 Goldmark beziffert ist, war es verhältnismäßig leicht, sich an der Hand des Kursstandes ein Bild über die Wirkungen einer Zusammenlegung zu machen. Die Börse stellte sich sofort derart um, daß sie sich von kleineren Papieren zu damaligem noch verhältnismäßig hohem Kursstand trennten, um sich in größeren Papieren, bei denen die Zusammenlegungsgefahr nicht allzu stark war, zu engagieren. Auch die solide Finanzwelt ist zu solchen Operationen geschritten, und nur sehr zögernd ist das Publikum gefolgt. Diejenigen Publikumsschichten, die früher mit der Börse nichts zu tun halten, sind ohnehin von der heutigen Entwicklung sehr stark bedrängt. Ihnen wird das Disponieren über ihren Effektenbesitz um so schwerer, als sie zum großen Teil unter dem Druck sofortiger Geldbeschaffung stehen und als andererseits Mittel zur Beschaffung neuer Papiere nicht vorhanden sind.

Diesen Kreisen aus dem Publikum, die durch die Geldentwertung förmlich gezwungen waren, an die Börse zu gehen und die nun in Gefahr stehen, wiederum die leidtragenden Opfer eines neuen Entwicklungsprozesses zu werden, mögen indessen sich nicht allzu sehr beunruhigen. Die Zusammenlegungsfrage ist bei näherem Zusagen viel weniger kritisch als das im ersten Augenblick scheinen könnte. Das böse Beispiel der Martin und Bloch-Aktien in Hamburg hat eine Nervosität in die Wertpapierbörse kommen lassen, die, wie Unterrichtete wissen, nicht ganz unbedachtigt war, jedenfalls von einer bestimmten spekulativen Seite sehr weidlich ausgenutzt wurde. Gewiß wird es sich in vielen Papieren nicht vermeiden lassen, daß zu sehr wesentlichen Zusammenlegungen geschritten wird. Indessen wird es auch andererseits Papiere geben, die kaum Zusammenlegungen zu befürchten brauchen, ja, bei denen noch eine in Gold verankerte Kapitalserhöhung herauskommt. Nähere Informationen über eine ganze Reihe von Aktiengesellschaften haben weiterhin ergeben, daß die Substanzbasis dieser Unternehmungen im großen und ganzen durchaus günstig ist, und daß die Substanz selber in vielen Fällen gegenüber der Vortriegszeit noch erheblich zugenommen hat. Auch die seriösen Finanz- und Bankkreise beurteilen die Dinge viel ruhiger als vorher. Es ergibt sich daraus, wie richtig die an dieser Stelle ausgesprochene Warnung zur Ruhe und Zurückhaltung war, und man wird diese Ruhe auch bei dem weiteren Disponieren nicht verlieren dürfen. Ausmerzungen im Wertpapierbestand werden sich allerdings nicht vermeiden lassen, und man wird bei den anderweitigen Dispositionen auf die im Laufe der Jahre freilich nicht mehr geübte frühere Gepflogenheit der Prüfung der Papiere auf ihren inneren Gehalt zurückkommen. Hinter den Kulissen der Börse zeigt es sich jetzt schon, daß weite Kreise der Bank- und Finanzwelt wie vor allem aber auch der auf Ausnutzung aller nur denkbaren Gewinn-Chancen bedachten Spekulation erneut starke Kaufneigung für das herauskommende Material haben. Zwar ist mit einer großen Hausse früheren Stils für jetzt und vielleicht für lange Zeit nicht zu rechnen, aber immerhin sprechen doch verschiedene Anzeichen dafür, daß sich die Verhältnisse auch an der Börse in etwa stabilisieren.

Preußische Staatsbergwerke als Aktiengesellschaften.

Der ständige Ausschuß des Preußischen Landtages nahm die Verordnung zur Abänderung des Gesetzes betreffend Uebertragung der Verwaltung und Ausbeutung des staatlichen Bergwerkbesitzes an eine Aktiengesellschaft in der vom Unterausschuß beschlossenen Fassung an. Danach wird das Staatsministerium ermächtigt, die der Bergwerksdirektion Recklinghausen unterstehenden Betriebe usw. in eine oder mehrere besondere Aktiengesellschaften umzuwandeln. Das Staatsministerium hat die gesamten Aktien für den Preußischen Staat zu übernehmen und ist befugt, bis zu einem Viertel der Aktien nach Anhörung eines Landtags-Ausschusses, über ein Viertel nur mit Zustimmung dieses Ausschusses zu veräußern.

Eine Inflation an wertbeständigen Anleihen,

wie sie sich auf dem Markt der wertbeständigen Anleihen in letzter Zeit vollzogen hat und immer noch vollzieht, ist im Grunde eine Inflation für solche Anleihen. Derartige wertbeständige Anleihen haben gewiß eine sehr hohe Aufgabe zu erfüllen in Zeiten der fortgesetzten Geldentwertung. Aber außer Gold gibt es keinen anderen Maßstab, der von derselben Wertbeständigkeit wäre. Darum sehen wir jetzt auch die wertbeständigen Anleihen, ob sie nun auf Roggen, auf Kohle, auf Kali und dergleichen basieren, empfindlich herabgedrückt. Neuerdings haben nun verschiedene Emmissionen von Zucker-Anleihen stattgefunden. Wir können unsere große Besorgnis über solche Maßnahmen nicht verhehlen, denn Zucker ist immer stark dem wechselnden Preis unterworfen und kann sich in keinem Fall auf Wertbeständigkeit berufen. Wenn die Reichsregierung jetzt, was durchaus zu begrüßen ist, dazu übergeht, allmählich das wertbeständige Notgeld aufzurufen und einzuziehen, so wird sie auch gut daran tun, die Verhältnisse auf dem Markt der wertbeständigen Anleihen einer gründlichen Prüfung zu unterziehen.

Um die Einheit der deutschen Währung.

Die gegenwärtigen Verhandlungen über die Errichtung der Rheinisch-Westfälischen Bank haben eine ganz besondere Bedeutung im Hinblick auf das große Ziel, das die Reichsregierung wahrnehmen muß: Das Ziel der Sicherung der Einheit, der deutschen Währung. Die Reichsregierung hat für die Verhandlungen der deutschen Unterhändler mit den französischen Vertretern den Vorschlag gemacht, eine Währungs einheit auf achtzig Goldpfennig festzusetzen. In diesem Vorschlag kann man eine sehr sehr wichtige Vorwegnahme der Entscheidung über die künftige Währungseinheit im ganzen deutschen Reich erblicken. Aus den verschiedensten wirtschaftlichen Gründen wird es allerdings kaum möglich sein, die kommende Goldmünze die von deren Zentral-Goldnotenbank ausgegeben werden soll, auf der Einheit von einer früheren Mark zu basieren. Die internationalen Veränderungen in der Gold-Bewertung müssen bei der Schaffung der der neuen Währung berücksichtigt werden. Die Reichsregierung glaubt nun, daß eine Basis von 80 Goldpfennigen den in den letzten Jahren in die Erscheinung getretenen internationalen Golddurchrechnungen Rechnung trägt. Würde diese Auffassung auch bei Etablierung der neuen Goldnotenbank sich durchsetzen, dann würden wir künftig als deutsche Mark eine Münze besitzen, die nicht mehr 100, sondern nur noch 80 Goldpfennige wert ist. Nominal wurde ein solcher Wertmaßstab auch auf die Preise einen tiefgehenden Einfluß ausüben und zwar im Sinne einer nominellen Erhöhung der Preise, aber auch der Einkünfte.

Die Frage der Goldbilanzen

hat in Besprechungen im Reichs-Justizministerium dieser Tage eine große Rolle gespielt. Endgültige Beschlüsse sind noch nicht gefaßt. Eine Einigung ist lediglich dahingehend erfolgt, daß für die Bilanzen der amtliche Berliner Mittelkurs für den amerikanischen Dollar zur Grundlage genommen wird. Eine derartige Bestimmung ist notwendig, um eine Einheit in der Bewertung zu erreichen. Stille Reserven sollen in den Bilanzen auch weiterhin zulässig sein. Bezüglich der offenen Reserven ist eine Einigung noch nicht erzielt. Mit einer Gold-Bilanzierung ist an sich auch eine Buchführung in Gold notwendig. Jedoch ist bei den Besprechungen festgestellt worden, daß eine gesetzliche Verpflichtung zu einer solchen Gold-Buchhaltung nicht besteht, daß es aber naturgemäß im höchsten Grade erwünscht wäre, wenn eine derartige Buchführung eingerichtet würde. Die Beratungen über die Ausführungsbestimmungen zur Goldbilanz-Verordnung der Reichsregierung werden noch fortgesetzt.

Die früheren Kupfermünzen als Rentenpfennige.

Innerhalb der Reichsregierung besteht die Absicht, die früheren Kupfermünzen von 1 und 2 Pfennigen zu Rentenpfennigen zu erklären. Bei den alten Nickelmünzen, den 5- und 10 Pfennigstücken, soll jedoch eine solche Aufwertung nicht in Betracht kommen. Die Reichsregierung will zu einer derartigen Maßnahme übergehen, weil die Ausprägung der Rentenpfennige sehr große Schwierigkeiten macht, und weil die bis jetzt ausgegebene Menge an solchen Rentenpfennigen fast völlig aus dem Verkehr geschwunden, also gehamstert sind. Die Reichsregierung hat sich ohnehin entschlossen, die früher auf eine Mark pro Kopf der Bevölkerung, also auf 60 Millionen Rentenmark, festgesetzte Summe für die Rentenpfennige auf 2einhalb Mark pro Kopf der Bevölkerung, also auf 1 0 Millionen Rentenmark zu erhöhen. Dieses Verfahren wäre, wenn es fortgesetzt werden sollte, nicht unbedenklich, denn wir haben hier im Effekt tatsächlich eine, wenn auch sehr bescheidene Inflation der Rentenmark in Höhe von 90 Millionen, die in vermehrtem Rentenpfennig-Umlauf in Erscheinung treten würde. Ein solcher Plan kann nur auf gesetzlichem Wege durchgeführt werden, ein bezüglicher Gesetzentwurf liegt gegenwärtig dem Reichskabinett vor, er müßte auch von dem Reichstag selber angenommen werden. Die geplante Maßnahme würde allerdings erträglicher, wenn die noch von früher her im Umlauf befindlichen 1 und 2 Pfennig-Kupferstücke gewissermaßen als Rückendeckung fungieren könnten. Eine wirkliche Inflation der Rentenmark ist von diesen Dingen nicht zu befürchten, aber es ist notwendig, daß man auch den bescheidensten Anfängen sich früh genug zur Wehr setzt.

Im Zeichen der Inventur-Ausverkäufe.

In allen Tagesblättern erscheinen zurzeit die Anzeigen der Einzelhandelsgeschäfte „Inventur-Ausverkauf", — ein seit Jahren nicht mehr gewohnter Gebrauch ist wieder in Kraft getreten. Dem Laien wird nun der Gedanke kommen: Wie ist es möglich, daß jetzt auf einmal die Preise teilweise bis weit über die Hälfte heruntergesetzt werden können, da doch nach all den Nachteilen ein Rückgang der Preise insbesondere der Textilien beim Hersteller in keiner Weise zu bemerken war. Zur Aufklärung möchte folgendes bemerkt werden:

Der Einzelhandel sieht sich deshalb veranlaßt, Inventurausverkäufe zu veranstalten, weil er unbedingt flüssiges Geld haben muß, um die beinahe alle 8 Tage sich wiederholenden Steuerabgaben für Staat und Gemeinde bezahlen zu können, insbesondere um die Gewerbesteuer, welche seit einiger Zeit monatlich in einer Höhe erhoben wird, welche es den meisten Geschäftsleuten unmöglich machen, solche Summen aufzubringen. Deshalb veranstaltet der Einzelhandel Inventurausverkäufe, um seinen Verpflichtungen, wenn irgend möglich, nachzukommen. Die reellen Geschäfte haben ihre Preise zum großen Teil weit unter den Einkauf herabgesetzt, und man kann es nicht anders als einen großzügigen Preisabbau bezeichnen, der aber lediglich auf Kosten des Einzelhandels geht. Es ist bei diesen Ausverkäufen insbesondere den Gehaltsempfängern mit bescheidenem Einkommen möglich, Einkäufe zu machen. Preisherabsetzungen in einem Ausmaß, wie solche jetzt bei den Inventurausverkäufen festzustellen sind, sind bei den Einkaufsvereinigungen in den industriellen Unternehmungen, Banken, staatlichen und städtischen Behörden gar nicht möglich, weshalb es schon aus diesem Grunde als Selbstinteresse bezeichnet werden muß, wenn derartige Verkaufsstellen jetzt ihre Tätigkeit unbedingt einstellen, da die mit dem Vertrieb der Waren beschäftigten Persönlichkeiten wirklich nur unproduktive Arbeit leisten. Kein einziger einsichtiger Geschäftsmann hatte in der Zeit der Lebensmittelknappheit etwas dagegen einzuwenden, daß gemeinschaftliche Bestellunlen von Kartoffeln usw. vorgenommen worden sind. Aber die Zeiten sind jetzt vorüber, und es sollte der Verkauf sämtlicher Waren den hohe Gewerbesteuer zahlenden Einzelhandelsgeschäften wieder restlos überlassen werden, welche auch außerdem eine große Anzahl von Angestellten und Arbeitern beschäftigten, die aber ihr Brot bei weiterer Ausschaltung des Einzelhandels verlieren müßten. Der Einzelhandel wird, wie in früheren Zeiten, reichlich Gelegenheit bieten, zu billigen Preisen die Bevölkerung zu versorgen, und deshalb ist der Anfang nunmehr mit den Inventurausverkäufen gemacht worden. Es ist jedermann zu raten, derartige günstige Einkaufsgelegenheiten nicht vorübergehen zu lassen. Es darf auch noch hinzugefügt werden, daß in den Geschäften keine Ware verkauft wird, welche extra zu diesen Zwecken eingekauft wird, sondern es handelt sich nur um Waren, welche schon vorhanden waren und dem jeweiligen Charakter des Geschäfts entsprechen.

Dortmunder Schlachtviehmarkt.

WTB **Dortmund**, 21. Jan. (Telegr.) Zu dem heutigen Schlachtviehmarkt wurden aufgetrieben: 365 Stück Großvieh, 304 Kälber, 42 Schafe und 1583 Schweine. Bezahlt wurden für 50 Kg. Lebendgewicht in Goldmark: 1. Rinder:

Ochsen a —, b 40—45, c 30—40, d 20—30.
Bullen a 35—45, b 25—35, c 15—25.
Färsen und Kühe a 45—50, b 45—50, c 35—45, d 25—35, e 12—25.
2. Kälber: a —, b 60—70, c 50—60, d 40—50, e 30—40.
3. Schafe:
Stallmastschafe —.
Weidemastschafe a 38—43, b 30—38.
4. Schweine a 65—70, b 60—65, b 55—60, e 45—55, f —.

Tendenz des Marktes für Großvieh sehr langsam.

Elberfelder Schlachtviehmarkt.

WTB **Elberfeld**, 21. Jan. (Telegr.) Auftrieb 697 Stück Großvieh, davon 174 Ochsen, 120 Bullen 300 Färsen und Kühe, 23 Fresser, 1612 Schweine, 331 Kober, 34 Schafe.

1. Rinder:
A Ochsen, a 42—45, b 38—40, c 30—35, d 20 bis 30.
B Bullen, a 35—40, b 28—32, c 20—25.
C Färsen und Kühe a 42—45, b 35—38, c 28 bis 32, d 10—20.
D Jungvieh a 20—25.
2. Kälber: a —, b 65—70, c 60—65, d 40—50.
3. Schafe: (Weideschafe) a 30—35, b 20—23.
4. Schweine: a 60—65, b 65—68, c 58—70, d —, e —.

Tendenz des Marktes für Großvieh sehr flau, großer Ueberstand an Kälbern.

Briefe an das S. V

Olpe 22. Jan. Vom Handwerks- und Gewerbeamt wird uns geschrieben: Dem Einsender des Briefes in Nummer 15, an das Sauerländische Volksblatt erwidern wir: Bei Beurteilung der Angemessenheit der Fleischpreise muß die Qualität der Ware berücksichtigt werden. Bei dem von den hiesigen Metzgermeistern in Elberfeld bezogenen Vieh, handelt es sich um erstklassige Ware, die nicht billiger abgegeben werden kann. Minderwertiges Fleisch kann natürlich auch entsprechend billiger verkauft werden. Im übrigen sind die Preise in Elberfeld, wo die hohen Transportkosten gespart werden genau so hoch. Zur Orientierung geben wir nachstehend die Preise von bedeutenden Marktplätzen Deutschlands an, wo unter günstigen Bedingungen eingekauft werden konnte.

In Frankfurt: prima Rindfleisch 1. Qual. 1,10 M., prima Schweinefleisch 1. Qual. 1,60 M., prima Kalbfleisch 1,20 M., prima Hammelfleisch 1,20 M., Speck — M., Fleischwurst 1,60 M., Leberwurst 1,20—2,— M., Mettwurst 2,40 M., in Berlin: prima Rindfleisch 1. Qual. 0,90—1,40 M., prima Schweinefleisch 1. Qual. 1,80 M., prima Kalbfleisch 1,40 bis 2,80 M., prima Hammelfleisch 0,90—1,45 M., Speck 1,90 M., Fleischwurst 1,80 M., Leberwurst 1,80 M., Mettwurst 2,—2,40 M., in Breslau prima Rindfleisch 1. Qualität 1,02—1,46 M., prima Schwein

nefleisch 1. Qualität 1,26 M., prima Kalbfleisch 1,17 M., prima Hammelfleisch 1,30 M., Speck 1,63 M., Fleischwurst 1,77 M., Leberwurst 1,79 M., Mettwurst 1,88 M., in Siegen: prima Rindfleisch 1. Qual. 1,— M., prima Schweinefleisch 1. Qual. 1,40 M., prima Kalbfleisch 0,90—1,— M., prima Hammelfleisch 0,90—1,— M., Speck 1,80 M., Fleischwurst 1,40 M., Leberwurst 0,80—1,60 M., Mettwurst 1,60—2,20 M. Die angegebenen Preise von Frankfurt, Berlin und Breslau sind amtlich festgesetzte Richtpreise.

Wintermondnacht

Von Hans **Rothhardt-Steglitz.**

Klingender Frost. Schwarzsamten der Himmel, perlenübersät von funkelnden Sternen. Die Räder eines Lastwagens knirschen und quietschen im hartgefrorenen Schnee. Schellengeläute eines Schlittens singt rasch vorüber und lockt, lockt hinaus in die Rätsel der Winternacht . . .

Es sei! Das schlecht erwärmte Zimmer ist ohnehin kein Genuß. Also hinaus! Ein tüchtiger Marsch wird das Blut schon in Bewegung bringen. Die Vorstadt ist rasch durchschritten. Die kleinen Landhäuschen, die hinter Schneehecken wie winterliche Dornröschen in tiefem Schlummer träumen, bleiben zurück. Der ernste, stumme Föhrenwald mit seinem Schwermutszauber nimmt mich auf.

Eben steigt der Mond zwischen den Stämmen hoch. Wie eine blanke Seifenblase schwebt er kugelrund am schwarzen Himmelsvorhang entlang und gießt sein geisterhaftes Licht auf die Schneedecke herab. Die langen Föhrenstämme mit ihren mageren Wipfelkronen zeichnen scharfe Silhouetten in den bläulichweißen, von Milliarden kleiner, zierlicher Kristalle blinkenden, glitzernden Schnee.

Ich bin ganz allein im Wald. Es ist zweiter Weihnachtsfeiertag. Die Menschen sitzen jetzt wohl gesellig beieinander bei guten leiblichen Genüssen, scherzen, lachen und lassen sich's wohl sein. Mir ist es wohler hier draußen in der gleißenden Winternachtmondnacht, wo ich auf die tiefen Urträume der schlummernden Natur horchen kann.

Gestorben ist sie, erstarrt, totenstumm. Alles Leben scheint entwichen aus dem klappernden Totengebein der kahlen Aeste an Busch und Baum . . .

„Wer sagt dir das, du Narr!" klingt eine hohle, knarrende Stimme neben mir. Ich blicke mich erschrocken um, sehe aber nichts. Nur mein eigener Schatten wandert auf dem schmalen, weißen Wegbande mit mir, es scharf mit einem dicken, schwarzen Strich durchschneidend.

„Erstorben, tot nennst du das Leben des Winters, du stumpfsinniger Tor?" — Sieh, tausendfältig ist das Leben der Winternacht! In jeder Sekunde wechselt das Bild. Lichtkegel schießen zwischen den Baumstämmen hervor wie kämpfende Schwerter. Die Mulden dort zwischen Hügeln sind milchweiße Seen, bis zum Rand gefüllt mit klarem Mondwasser, in dem die funkelnden Sternperlen auf- und niedersteigen. Und siehst du nicht den zarten Lichtdunst tief, tief im Walde, der auf- und niederwogt wie die Schleiergewänder der Luftalben? — Und sieh das Waldhüttlein dort, wie es aus seinem Schornstein seinen warmen Atem in die klare Winterluft ausstößt in langen, ruhigen Zügen! — Ich, den sie den Tod nennen in ihrem blinden Unverstand, sage es dir. **Alles lebt** von nun an bis in Ewigkeit. Nicht Lebensvernichter bin ich, sondern Lebensgestalter! — Aber komm, ich will dir die Wunder der Wintermondnacht offenbaren. Dein Auge sagt mir, daß es stärkere Kost sucht, als Alltagsaugen sehen dürfen!"

Obwohl ich keine Gestalt sah, zog es mich wie an Händen vorwärts. Ich folgte willig. Hinter den Stämmen wurde es lichter. Dort mußte der Grunewaldsee liegen. Bald hatte ich ihn erreicht. Märchenhaft schön lag zur Linken im Vollmondslicht das Jagdschloß Grunewald, mit seinen vielen zackigen Giebeln, die sich über dem wuchtigen Eingangstor bizarr aufbauten, wie eine kleine mittelalterliche Zauberstadt. Vor mir langgestreckt, unter dichtverschneiter Eisdecke ruhend, der See. In seine Fläche zeichnen sich wie eine fein gearbeitete, zierliche Klöppelspitze die Kronen der bis an den See heranstehenden Föhren.

Ich lasse mich auf einer der Ruhebänke nieder, die hier in einem Halbrund am Seeufer stehen, und schaue hinaus in die flimmernde Winterpracht.

Da beginnt es auf der See zu wogen und zu wallen. Ein dichter Schwarm von Schneeelfen bildet einen riesigen Kreis, der sich wie ein granziöser Ballettanz rundherum bewegt. Alle die Tänzerinnen haben Röckchen aus blinkenden Eiszapfen an, die aneinander klingen und dabei die liebliche Musik machen. Im Haar haben sie schimmernde Perlenkettlein, und die Augen leuchten wie Sternenglanz. Nun tauchen aus der Mitte des Sees zwei riesige Gestalten auf. Aus einer zartsilbrigen Nebelwolke lösen sich langsam ein gewaltiger weißer Hirsch mit einem herrlichen, wie aus klarem Glas geformten Geweih, das im Mondlicht strahlt und funkelt, und ein ungeheurer weißer Bär. Sie gehen erst langsam um einander herum, um sich zu betrachten, während der Reigen der Schneeelfen sie umwogt.

Immer schneller und toller wirbelt nun der Tanz, die Musik wird klirrender und aufreizender. Da stürmen die beiden Urtiere aufeinander los und verstricken sich in einem tobenden Kampfe. Schnee stürmt auf und braust in Silbersäulen um sie her. Das Klirren der Eisengewänder vermischt sich mit dem Krachen des Geweihs und mit dem tiefen Brummen des Bären.

Auf einmal ein ungeheurer Knall. Und alles ist wie der Blitz versunken und verschwunden. Ich schrecke auf. Teufel, sollte ich hier eingenickt sein und den Wintermondnachtspuk geträumt haben? — Ein schmaler Spalt läuft vor mir über den See. Der war vorher nicht da! In der Ferne schüttert ein knarrendes Lachen und ein Gebrause wie abgerissene Worte:

„Menschlein, Menschlein, du sollst des Todes nicht spotten!" . . .

Meine Glieder sind starr und steif. Da klingelt ein Schlitten von Paulsborn heran. Er nimmt mich gern auf. Wir laufen durch den klirrenden Wald. Schon winken die ersten Häuser und Laternenreihen.

Letzte Telegramme.

WTB Madrid, 22. Jan. Nach einer Mitteilung wird die **Begnadigung der Mörder Datos**, Nocolau und Mate, in erster Linie dem **Mitleid des Königs** und weiter einem von der deutschen Regierung bei der Auslieferung der Täter ausgedrücktem Wunsche zugeschrieben.

WTB Newyork, 21. Jan. Der **Appell des päpstlichen Delegierten in Washington für Spenden und Kleider für die notleidenden Deutschen** wurde gestern in allen römisch-katholischen Kirchen in den Vereinigten Staaten verlesen. In den Kirchen Newyorks schloß sich demselben ein solcher des päpstlichen Delegierten des Erzbischofs Hajas an.

Paris, 21. Jan. Der sozialdemokratische Abgeordnete **Blum** schreibt zum Abschluß der Interpellationsdebatte in der Kammer und im Hinblick auf die angenommenen Gesetzentwürfe zur Sanierung der französischen Finanzen: Als der Ministerrat am vorigen Dienstag beschlossen hat, von der Kammer beschleunigt die Annahme der Gesetzentwürfe zu verlangen, um die Deckungen des Wiederaufbaubudgets aufzubringen, hatte er damit vor dem Parlament und vor der ganzen Welt festgestellt, daß die Ruhrbesetzung, die Frankreich bezahlt machen würde und die deutsche Regierung zu Reparationserfüllung zwingen sollte, nicht nur keine sofortigen Einnahmen brachten sondern nicht einmal gestatteten, mit einer baldigen Lösung des Reparationsproblems zu rechnen.

WTB London, 21. Jan. Daily Telegraph zufolge wird Baldwin nach der heute zu erwartenden Niederlage der Regierung morgen dem König sein **Rücktrittsgesuch** unterbreiten. Ramsay Macdonald wird mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt werden. Er würde wohl 2 Wochen brauchen, bevor er vor dem Parlament seine ministerielle Erklärung abgeben könne.

WTB London, 21. Jan. Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph schreibt, aus Clives Bericht über seinen Besuch in der Pfalz werde offenbar, daß der britische Generalkonsul den Eindruck gewonnen habe, daß die **separatistische Bewegung in der Pfalz nicht spontan und stark gewesen ist.** Im übrigen habe die britische Regierung die Absicht, den Bericht des Generalkonsuls der Öffentlichkeit nicht vorzuenthalten.

WTB London, 21. Jan. Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph schreibt: Londoner Regierungskreise seien nicht in der Lage, die Haltung der Regie mit den von Poincare kürzlich kundgegebenen Wünschen zum freundschaftlichen Zusammenwirken mit England in Einklang zu bringen. Die größte Ueberraschung werde hier dadurch verursacht, daß die belgische Regierung ihrem Vertreter in der Regie erlaubt hat, sich einer Politik anzuschließen, die den britischen Rechten und Interessen als entgegenstehend anzusehen sind. Die britische Regierung werde durch ihre Botschafter in Paris und Brüssel, ebenso wie durch ihren Vertreter im Rheinland auf eine deutliche Klärung der letzten von der französisch-belgischen Regie unternommenen Schritte und seiner Ziele drängen.

WTB Berlin, 21. Jan. **(Telegr.)** Der Sparausschuß des Reichstags behandelte heute den **Personalabbau bei der Reichsbahn.** Danach wurde der Personalstand der Reichsbahn, der am 1. 10. 23 rund 1 Million an Beamten, Angestellten und Arbeitern umfaßte, am 1. 1. 24 um rund 20 Prozent vermindert. Den durch den Einbruch der Franzosen in das Ruhrgebiet inhaftierten Eisenbahnern wurde zugestanden, daß ihnen der volle Lohn für den anschließenden Monat gezahlt wird, der auf den Monat der Haftentlassung folgte. Die ausgewiesenen Eisenbahner sind von dem Abbau bisher noch verschont geblieben.

Druck und Verlag:
Verlagsanstalt F. X. Ruegenberg, Olpe
verantwortlich für die Gesamtredaktion: Paul Fischer in Olpe; für die Berliner Redaktion: Dr. Krauß in Berlin-Schöneberg.

Bekanntmachung.

Nachdem gegen meine Bekanntmachung vom 25. Oktober v. Js. Einsprüche nicht erhoben worden sind, wird der von der Josefstraße zur Kampstraße führende, von den Grundstücken Flur 9 Nr. 916, 3204/915, 3192/913, 3191/919, 2666/913, 2667/913, 3164/923, 3166/923, 3205/0,094, 3189/918, 3190/919, 920 und 921 der Steuergemeinde Olpe-Stadt begrenzte öffentliche Weg hiermit eingezogen.

Olpe, den 18. Januar 1924.

Die Wegepolizeibehörde.
Der Bürgermeister:
(†197) Sommerhoff.

Polizeiverordnung

betr: Verbot des Befahrens der Promenaden.

Auf Grund der § § 5 und 6 des **Gesetzes über die Polizei-Verwaltung** vom 11. März 1850 der § § 143 und 144 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 sowie Artikel 3 der Verordnung auf Grund des Gesetzes über Vermögensstrafen und Bußen vom 28. November 1923 (Reichsgesetzblatt Seite 1117) wird nach Zustimmung des Gemeindevorstandes nachstehende Polizei-Verordnung für die Stadtgemeinde Attendorn erlassen.

§ 1. Das Reiten, Viehtreiben und Fahren mit Pferdefuhrwerken, Kraftfahrzeugen und Fahrrädern auf den Promenaden (Nord-, Ost-, Süd- und Westwall) mit Ausnahme des Teiles vom Wasserwor bis zur Tränke ist verboten. Ausgenommen ist der Fuhrwerksverkehr, soweit er, für die Benutzung der anliegenden Gärten und Gebäuden erforderlich ist.

§ 2. Die Bestimmungen der Bau-, Polizei- und Straßenordnung für die Stadt Attendorn vom 31. März 1866 (Extra-Beilage zum Stück 4 des Amtsblatt für 1891) soweit sie den Fuhrwerksverkehr über die Promenaden betreffen, werden aufgehoben.

§ 3. Zuwiderhandlungen gegen diese Polizei-Verordnung werden mit Geldstrafe von 1 bis 150 Gold-M. im Unvermögensfalle mit Haft bis zu 3 Tagen bestraft.

§ 4. Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Attendorn, den 21. Januar 1924.

Die Polizeiverwaltung.
(†202) Hennemann.

Kaufe laufend
Grubenhölzer
aller Dimensionen oder dazu passende
Waldbestände.
Hub Reuter
Lichtringhausen-Attendorn
(005) — Fernruf 131 —

Ernst Giebeler
SIEGEN
Bahnhofstrasse 4.
Ausführung aller bankmässigen Geschäfte
An- und Verkauf von Wertpapieren
Kulante Verzinsung von Papier- und Rentenmark-Einlagen
Errichtung laufender Rechnungen
Verwaltung und Aufbewahrung von Effekten in eigenen Stahlkammern w 87
Beratung und Auskünfte kostenlos
Telefon Nr. 181, 182, 83 und 184
Telegr.-Adr. Bergwerk.

Motorräder-
Zündapp
2-gang Getriebe, sehr preiswert, sofort lieferbar.
Gebrüder Nies
(†194) Telefon 60.

Zigarrenfabrik
sucht geeigneten
Vertreter
mit guten Beziehungen. Angebote unter ††208 an die Geschäftsst. ds. Bls.


Neue Betten
hoch rot diebt, Daunenköper, gleiche Ware wie vor dem Kriege Katalog m 6 er 50 Betten in verschied Preislagen frei Bei Lagerbesuch Füllung im Beisein des Käufers Falls Bestellung schriftlich erfolgt, muss voller Wert in Papiermark im Voraus eingesandt werden. Vor Bestellung Preisliste verlangen!
Bettfedern, Halbdaunen und Daunen
je nach Qualität Gold-Mark: 1,35, 1,80, 2,10, 2,60, 3,50, 4,20, 6,60, 7,40, p Pfd

Oberbett mit 7 Pfund	18,75	23,55	27 40	29,50
Unterbett mit 6 Pfund	17,50	22 80	25 60	72 40
2 Kissen mit 5 Pfund	11 05	13 60	16 85	17 85
Einschläfig Bett zus.	47 80	59 45	69 85	74 75
Dasselbe schläfig Bett	51 80	65,55	76 55	82 50

1 Gold-Mark = ¼ Dollar. Lieferung erst nach Bestätigung.
Bettfedern-Grosshandlung
W. Büttner, G. m. b. H. Werl i. Nr. 12 W



Platina, Gold u. Silber.
Alle Gegenstände aus diesen Metallen, wenn auch zerbrochen oder beschädigt, kauft zu höchsten Tagespreisen
Otto Scherer, Attendorn,
752) Wasserfle. 19.



Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, heute morgen 1 Uhr meinen lieben Gatten, unsern guten Vater, Schwiegervater, Großvater, Schwager und Onkel, den

Schloßbaumeister
Heinr. Limper-Falken

im Alter von 80 Jahren nach langem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, wohlvorbereitet durch einen echt christlichen Lebenswandel, und oftmals gestärkt durch die Heilsmittel der hl. Kirche, in die Ewigkeit abzurufen.

Wir bitten um stille Teilnahme.

Die trauernden Hinterbliebenen

Welschenennest, Brühl und Siegen, den 20. Januar 1924.

Die Beerdigung findet Mittwoch morgen 9 Uhr statt, daran anschließend das feierliche Exequiem. (†199)

Dienstmädchen
aus guter katholischer Familie, erfahren in Haus- und Gartenarbeit, für ein ländliches Pfarrhaus in der Nähe von Olpe gesucht. Zeitgem. Lohn. Offerten unter Nr. †156 an die Geschäftsstelle ds. Bls.

Suche gutgehende
Bäckerei
zu pachten, evtl. zu kaufen.
Offerten unter †172 an die Geschäftsstelle ds. Bls. erbeten.

Tücht. nicht zu junges
Mädchen
für alle Zweige des Haushalts sowie Laden sofort gesucht.
Frau Fr. Quast
(†201) Bäckerei,
Hülmicke b. Gerlingen.

Suche einige eingeführte
Vertreter
der Seifen- u. Seifenpulverbranche
Schriftl. Off. u. †199 an die Geschäftsst. ds. Bls.

Linoleum-
Teppiche
Vorlagen
Läufer
Cocosläufer
Fussmatten
A. Zimmermann,
Olpe b. Landratsamt.
Tel. 290


...ohne Seife
und ohne andere Zutaten erzielen Sie eine blütenweiße Wäsche mit Goldperle. Absolut sauerstoffrei. (1 kg Sauerstoff vernichtet 30 kg Wäsche) ersetzt Goldperle mit Schnitzelseife 3 Waschfrauen.
Goldperle
mit Schnitzelseife